

Meerenge von Hormuz: Die bittere Lektion für die Europäische Union

geschrieben von Chris Frey | 3. April 2026

Dr. Samuel Furfari

Die Krise in der Straße von Hormus offenbart eine Wahrheit, die viele europäische Politiker ignoriert haben: Die Menschheit ist nach wie vor strukturell vom Öl abhängig. Diese Tatsache, die erstmals während der Ölkrise von 1973 deutlich wurde und durch die vom Iran ausgelöste Krise von 1979 noch verstärkt worden war, wird von bestimmten politischen Eliten weiterhin vernachlässigt oder sogar offen geleugnet.

Ein halbes Jahrhundert später besteht die Energieunsicherheit mit unverminderter Intensität fort. Doch bereits im Jahr 2000 betonte die Europäische Kommission die Notwendigkeit für die Europäische Union, die Sicherheit der Energieversorgung zu gewährleisten. Diese Warnungen wurden jedoch nicht beachtet, wurde doch stattdessen der Reduzierung der CO₂-Emissionen und der Förderung „erneuerbarer“ Energien Vorrang eingeräumt.

Als ehemaliger Beamter in der Generaldirektion Energie der Europäischen Kommission, in der ich 36 Jahre lang tätig war, habe ich die unermüdlichen Bemühungen zur Förderung sogenannter Alternativen zu Kohlenwasserstoffen und deren katastrophale Folgen miterlebt. Doch angesichts der aktuellen Krise weigert sich die EU immer noch, ihren dringenden Bedarf an fossilen Brennstoffen anzuerkennen.

Im Mai 2023 erklärte Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, das auf fossilen Brennstoffen basierende Wachstumsmodell sei „einfach überholt“. Die teilweise Blockade der Straße von Hormuz macht die Ironie dieser Aussage deutlich.

Dennoch behaupten die meisten politischen Entscheidungsträger weiterhin vereinfachend, der Ausbau von Wind- und Solarenergie werde uns von der Abhängigkeit von der Straße befreien.

Diese Ansicht ist nicht nur naiv, sondern auch falsch, weil sie auf einer grundlegenden Verwechslung zwischen Strom und Energie beruht. Windkraftanlagen und Solarmodule erzeugen Strom, aber sie erzeugen keine Wärme – den wesentlichen Antrieb für industrielle Prozesse, Transport und Heizung. Heute stammen rund 75 % des in der Europäischen Union verbrauchten Primärenergiebedarfs aus fossilen Brennstoffen, während der weltweite Anteil bei etwa 87 % liegt. Es ist illusorisch zu glauben, dass „erneuerbarer“ Strom den Grundbedarf decken kann.

Wind- und Solarenergie können nicht nur den gesamten Energiebedarf nicht decken, sondern verursachen zudem exorbitante – und gut dokumentierte –

Kosten für Verbraucher und Unternehmen. Anstatt unzureichende Alternativen zu verfolgen, sollte die EU anerkennen, dass Erdöl noch sehr lange unverzichtbar bleiben wird, und ihr illusorisches „grünes“ Credo aufgeben.

Die EU muss die benötigten Kohlenwasserstoffe selbst fördern, anstatt sich weiterhin auf Importe zu verlassen. Derzeit wird diese Förderung durch gesetzliche Verbote und politische Entscheidungen eingeschränkt, die keinen Bezug zur geopolitischen Realität haben. In Frankreich beispielsweise verbietet das Hultot-Gesetz die Förderung von Kohlenwasserstoffen, obwohl das Land in diesem Bereich über ein erhebliches Potenzial verfügt.

Der äquatoriale Rand Südamerikas, der sich vom Norden Brasiliens bis nach Venezuela erstreckt, ist reich an Kohlenwasserstoffen. Guyana, östlich von Venezuela gelegen, etabliert sich – dank US-amerikanischer Unternehmen – als Öl-Eldorado von beeindruckendem Ausmaß.

Im Bewusstsein dieses Glücksfalls beschloss der brasilianische Präsident Lula da Silva, mit der Erkundung des Äquatorialrandes zu beginnen – in offenem Widerspruch zu Brasiliens eigener Rhetorik zur Klimapolitik.

Unterdessen bleibt Französisch-Guayana, obwohl es im Herzen dieser vielversprechenden Zone liegt, durch gesetzliche Verbote gelähmt. Ein französischer Minister versuchte kürzlich, die Frage erneut aufzugreifen, wurde jedoch von Präsident Emmanuel Macron zurechtgewiesen.

Die Unnachgiebigkeit Frankreichs gegenüber der Realität steht im Kontrast zum asiatischen Pragmatismus, der die heimische Energieentwicklung in vielfältiger Form vorantreibt und geopolitisches Geschick beweist. China, Indien und Japan haben sich bereits Zusicherungen der iranischen Revolutionsgarden gesichert, ihre Schifffahrt im Persischen Golf zu schützen.

Die EU muss anerkennen, dass die Welt in eine neue Ära der Energiegeopolitik eingetreten ist, die geprägt ist von der Fülle fossiler Brennstoffe, der Entschlossenheit neuer Akteure, sich in diesem sich wandelnden Umfeld zu behaupten, und vor allem von der Entschlossenheit der Schwellenländer, ihre Zukunft durch reichlich vorhandene und erschwingliche Energie zu sichern. Das ist die wahre Lehre aus der Hormuz-Meerenge.

In diesem Zusammenhang entpuppt sich die sogenannte Energiewende hin zu Wind- und Solarenergie als politische Illusion, die typisch ist für eine EU, die an allen Fronten unter Druck steht. Auf der Tagung des Europäischen Rates im März forderten mehrere Mitgliedstaaten die Abschaffung der CO₂-Steuer – getarnt unter dem Deckmantel des Emissionshandelssystems – und erreichten eine Überarbeitung dieses Systems in der Hoffnung, der wirtschaftlichen Selbstsabotage ein Ende zu setzen.

Die heimische Öl- und Gasförderung könnte zumindest einen wesentlichen Teil der Kohlenwasserstoffe ersetzen, welche die EU aus dem Persischen Golf importiert. Es ist an der Zeit, über vereinfachende Rhetorik hinauszugehen und einen realistischen, ausgewogenen Ansatz zu verfolgen. Wenn die Europäische Union die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bewältigen will, muss sie ihre eigenen Kohlenwasserstoffe sinnvoll nutzen und ihr vergebliches Streben nach Dekarbonisierung aufgeben.

Originally published in [Washington Examiner](#) on March 30, 2026.

[Dr. Samuel Furfari](#) is a professor of energy geopolitics in Brussels and London, a former senior official with the European Commission's Directorate-General for Energy and a member of the [CO₂ Coalition](#). He is author of the paper, "[Energy Addition, Not Transition](#)," and 18 books, including "Energy Insecurity: The organised destruction of the EU's competitiveness."

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2026/04/01/the-strait-of-hormuzs-bitter-lesson-for-the-european-union/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Anmerkung des Übersetzers: Was in dem Beitrag mit keinem Wort erwähnt wird, ist die Rolle der Medien. Diese sind es doch, die Politik und Gesellschaft wie eine Hammelherde vor sich her treiben. Solange die Medien dieser Ideologie folgen, sehe ich keinerlei Licht am Ende des Tunnels. Vielleicht ist er ja auch schon eingestürzt, und wir kommen nie wieder hinaus.